

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Sturmzeichen für Deutschlands Demokratie“

„Der Wahlausgang in Hessen hat mit erschreckender Deutlichkeit das weitere Anwachsen rechtsradikaler Tendenzen in der Bundesrepublik gezeigt“, heißt es in einer Erklärung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund am Tage nach den Wahlen zum Hessischen Landtag veröffentlicht hat. Wie ist im Ausland dieser Wahlausgang beurteilt worden?

Alle großen ausländischen Zeitungen, die wir in den Tagen nach dem 6. November 1966 zu Gesicht bekommen haben, bringen auf ihrer Titelseite Schlagzeilen wie diese: „Peinliche Wahlüberraschung in Hessen“, „NPD triumphiert bei Landtagswahl in Hessen“, „Das Menetekel der hessischen Landtagswahlen“, „Sturmzeichen für Deutschlands Demokratie“ usw. Die meisten Zeitungen (wir greifen stellvertretend die Schweizer Presse heraus) bemühen sich um eine recht gründliche Analyse dieses Wahlergebnisses in einem deutschen Bundesland. So nimmt *Der Bund* (Bern), der sich als „Unabhängige liberale Tageszeitung“ bezeichnet, in nicht weniger als fünf Beiträgen zu den hessischen Wahlen Stellung und schreibt u. a.:

„Auch wenn die Stimmenzahlen der großen Parteien vorläufig beweisen, daß die Dämme der Demokratie noch standhalten, so ist es im demokratischen Lager für eine Gewissenserforschung keinen Augenblick zu früh... Die deutschen Demokraten — die Welt denkt vor allem an die deutschen Sozialdemokraten mit ihrer Tradition — haben deshalb allen Grund, das Menetekel aus Hessen nicht auf die leichte Schulter zu nehmen... Sollte man in Bonn derart unklug sein, durch die ‚große Koalition‘ der NPD den Nimbus der ‚einzig wirksamen Opposition‘ zuzuschanden, sollte man die Torheit haben, die Politik der einen Hand, welche

die andere wäscht, die Politik des ‚Gibst du mir die Wurst, löscht‘ ich dir den Durst‘ noch weiter zu treiben und damit die Demokratie in Mißkredit zu bringen, dann wird die Bundesrepublik und Europa von jenen, welchen Demokratie als Herrschaft des ungebildeten Pöbels erscheint, die Rechnung präsentiert bekommen.“

Neben dieser redaktionellen Stellungnahme des Berner Blattes findet man eine eingehende Betrachtung aus der Feder ihres Bonner Korrespondenten, der u. a. befürchtet, daß es „wohl immer mehr zu einem Kesseltreiben gegen Politiker kommen wird, die es an vaterländischer Gesinnung‘ fehlen lassen. Die NPD arbeitet wie seinerzeit die Nazi bewußt mit den Elementen der nationalen Selbstbesinnung und stützt sie mit einer Flut von Sentimentalitäten, die besonders auf den Kleinbürger (Mittelstand und Bauerngruppen) einwirken sollen — erfolgreich, muß man beifügen, denn wenn die Wissenschaftler der Politik recht behalten, sind es in der Tat vor allem Kleinbürger, die den rechtsradikalen Erfolg ermöglicht haben.“

Weiter verweist der Bonner Korrespondent des *Bund* auf den starken Einfluß der „Alten Kämpfer“ in der NPD: „Immerhin gehören mindestens 1200 ehemalige Mitglieder der NSDAP mit einer Eintrittszeit vor 1933 heute zur NPD. In deren Führungsgremien spielen die Rechtsextremisten nationalsozialistischen Ursprungs eine maßgebende Rolle und überwiegen in mehreren Landesverbänden auch zahlenmäßig. Propaganda, Schulung und Presse werden fast ausnahmslos von Extremistengruppen beherrscht. Die Rednerschulung ist ehemaligen Gaurednern und Schulungswarten der NSDAP unterstellt.“

Das gleichfalls liberale *Neue Winterthurer Tagblatt* kommt zu dem Ergebnis: „Die rund 8 vH der NPD bei den hessischen Wahlen gefährden die Demokratie noch keineswegs, doch als massenpsychologisches Phänomen sind sie aufschlußreich und mahnen an die still

wachsende Macht des Unterschwelligen." Im Sinne dieser Mahnung kritisiert die *Neue Zürcher Zeitung* in ihrem Bericht aus Bonn die „offiziellen Verharmlosungsversuche“ in den Erklärungen des Bundesinnenministers *Lücke* und des Staatssekretärs *v. Hase*.

Im sozialdemokratischen *Volksrecht* (Zürich) schreibt dessen Chefredakteur *Otto Hürlimann* in seinem wöchentlichen Rückblick auf die Ereignisse im Ausland in der Nummer vom 11. 11. 1966 u.a.:

„Nun ist grundsätzlich festzuhalten, daß jedes deutsche Wahlergebnis zum vornherein verfälscht ist durch das einseitige Kommunistenverbot. Man darf jede Wette eingehen, daß ohne dieses Verbot ein Teil der NPD-Stimmen den Kommunisten zugefallen wäre. Die Drahtzieher der NPD sind zwar Unentwegte aus der Zeit des braunen Reiches. Sie behaupten aber, daß sich ihr Stammespublikum vorwiegend aus der jungen Generation rekrutiere. Das mag ein Stück weit Zweckbehauptung sein, aber kaum völlig falsch. Ausschließlich mit unerschütterlichen ‚Alten Kämpfern‘ aus dem Dritten Reich wäre ein solcher Wahlerfolg wohl kaum zu schaffen. . . Das abstoßende Schauspiel, das seit längerer Zeit auf der Bühne des Bonner Parteienstaates aufgeführt wird, muß sich wahlpolitisch ausgewirkt haben. . . Es wäre ein Wunder, wenn nicht gerade bei jungen Staatsbürgern eine Abwendung von diesem Parteienstaat der breitspurigen Deklamation und der schmalspurigen Ehrlichkeit erfolgte. . .

Wo gar nichts sonst vorhanden ist, kann auch eine Nazi-Parole noch zur mitreißenden Kraft werden. Sie ist wenigstens eine kompromißlose Absage an das Überlebte. Die einzige stichhaltige Antwort auf Hessen und die dort sichtbar gewordenen Alarmsignale wäre eine radikale, auch personelle Umstellung in Bonn. . .

Eine Portion Unverstand muß überall in Kauf genommen werden. Dafür, daß der Unverstand nicht überwuchert, ist jede Demokratie selber verantwortlich, indem sie keinen Nährboden dafür schärft.“

Auch der demokratische *Tages-Anzeiger* (Zürich) analysiert in mehreren Beiträgen seines Bonner Korrespondenten *Dr. Peter Meier* das hessische Wahlergebnis. Er schreibt u. a.:

„Die Tatsache, daß die Splittergruppe auf Anhieb acht Mandate zu erobern und 224 000 Wähler zu mobilisieren imstande war, redet eine zu deutliche Sprache, als daß Verharmlosungen am Platze wären. . .

Sind nur die bisherigen Bonner Koalitionsparteien am NPD-Erfolg in Hessen schuld? *Herbert Wehner* deutete in der Wahlnacht die Schrift an der Wand mit grimmiger Miene und heiser-erregter Stimme so. Damit macht er sich die Sache freilich zu einfach. Die Frage drängt sich nämlich auf, ob denn die Opposition in der Vergangenheit wirklich alle Zeit für klare Fronten und eine saubere politische Atmosphäre

in Bonn gesorgt habe oder ob nicht auch sie, gerade unter dem Taktstock *Wehners*, zwischen 1961 und 1965 durch ihre Umarmungstaktik der CDU gegenüber dazu beitrug, die Sicht des deutschen Bürgers auf seine staatlichen Organe zu vernebeln. . .

Jetzt, da auf vielen Gebieten ernsthafte Schwierigkeiten auftauchen und das normale Alltagsbild der parlamentarischen Regierungsform auch seine Schattenseiten zeigt, jetzt gilt es, nicht gleich nach dem ‚starken Mann‘ oder einer nationalen Bewegung‘ zu rufen. In dieser Stunde muß sich der rationale Sinn bewähren — gegen alle emotionalen oder irrationalen Einflüsterungen.“

Auch *Die Weltwoche* (Zürich) würdigt in ihrer Ausgabe vom 11. 11. 1966 auf ihrer Titelseite den „Schock in Hessen“ als „Ereignis der Woche“ und schreibt sehr scharf:

„Die Tatsache, daß Hunderttausende einer Partei ihre Stimme gaben, die das Erbe der nationalsozialistischen Mordgesellschaft übernommen und die damit den Weg zurück nach Auschwitz angetreten hat, ist rational kaum oder überhaupt nicht faßbar. . . Man wird viele Argumente hören, die alle eine Portion Stichhaltigkeit aufweisen, die hier einen Grund, da ein Motiv aufzeigen werden. Das alles ist aber letzten Endes bedeutungslos. Wichtig ist jetzt nur, wie die politischen und vor allem, wie die moralischen Kräfte in Deutschland reagieren, was sie unternehmen werden, um die neo-nazistische Pest gründlich auszumerzen. . . Rücksichten gegenüber Menschen, die sich zu Sachwaltern der Schänder des deutschen Namens machen, kann und darf es nicht geben.“

Die Weltwoche empfiehlt dann ein Verbot der *Deutschen National- und Soldaten-Zeitung* und schreibt weiter: „Es ist durchaus nicht einzusehen, warum im Falle der NPD nicht möglich sein soll, was bei der Kommunistischen Partei möglich war, nämlich das Verbot. Es ließe sich etwa so begründen: die Nationaldemokratische Partei Deutschlands wird verboten, weil sie das Opfer von Millionen ermordeter Menschen nicht achtet und den Namen des neuen Deutschland verunglimpft.“

Das Blatt fordert dann weiter u. a. kritische Durchsicht der Geschichtsbücher und bessere Lehrerausbildung, „denn nur wenn Lehrer und Lehrmittel ihren Schülern die ungeschminkte Wahrheit über die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vermitteln, kann die Jugend vor der Verführung durch den Rechtsradikalismus bewahrt werden“. *Die Weltwoche* schließt mit den Worten: „Niemand kann den Deutschen die Verantwortung abnehmen, jetzt für Ordnung zu sorgen und eine gründliche Auskehr zu veranstalten. Sie müssen wissen, was dabei für sie auf dem Spiel steht.“

Nach diesem Überblick über repräsentative Stimmen der Schweizer Presse sei wenigstens

noch kurz auf die Reaktion in England hingewiesen. Die meisten englischen Zeitungen und wohl auch die meisten Engländer zeigen sich in hohem Maße beunruhigt und stellen fest, daß die Vorbehalte, die sie seit *Hitler* gegenüber den Deutschen bewahrt haben, jetzt bestätigt wurden. Wieder erscheint das Wort „Nazi“ auf der Titelseite britischer Blätter.

Daily Mirror und *Daily Express* erschienen am Morgen nach der Hessenwahl mit riesigen Schlagzeilen „Neue Nazis mit Wahlschockerfolg“ und „Nazis gewinnen an den Urnen“, und auch der konservative *Daily Telegraph* weist in seiner Überschrift darauf hin, daß „die von früheren Nazis geführte Partei ihre ersten Sitze gewann“.

W. F.